

 schließen

## **Für Toleranz und Demokratie**

### **Demokratie als Gemeinschaftsaufgabe**

→ Rechtsextremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind ein gesellschaftliches und kein jugendspezifisches Problem. Die Verdoppelung der Zahl von gewaltbereiten Rechtsextremen in den letzten 5 Jahren auf über 9.000 ist auch für die Kinder- und Jugendhilfe ein Alarmsignal: Es bedarf der Anstrengung aller, Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern Hilfe und Unterstützung zu geben, den Anwerbeversuchen der rechtsextremen Vereinfacher zu widerstehen und die Grundlage für die zivile und demokratische Persönlichkeitsentwicklung zu schaffen. Diese Anstrengung ist nicht in den einzelnen Hilfesystemen zu realisieren, sondern nur durch die Mobilisierung des demokratischen Gemeinwesens (wie in den lokalen Aktionsplänen intendiert) zu erreichen.

### **Die Zivilgesellschaft verteidigen**

→ Wir vertreten ein offensives, kämpferisches Konzept gegen die Feinde von Debatte und Kompromiss, gegen dumme, intolerante Egozentrik missionarisch bewegter Kulturträger, gegen alle Heils- und Gottesgewissheit, die „Ungläubige“ verteufelt und verfolgt. Sie dürfen nicht toleriert werden: nicht in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, nicht in den Schulen, nicht in den Betrieben, nicht in der Öffentlichkeit.

### **Den Opfern helfen, die Täter bestrafen**

→ Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt den Opfern rechter Gewalt. Den Opfern müssen Schutz und Beistand, sowie materielle und seelische Hilfen angeboten werden. Wir befürworten, dass die Täter rechtsstaatlich verfolgt und abgeurteilt werden. Wir verlangen von ihnen, dass sie sich zu ihrer Tat und ihrer Schuld bekennen und die Verantwortung für die Folgen ihrer Tat tragen. Nur so ist eine auf Toleranz bauende Gesellschaft möglich. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Kinder- und Jugendhilfe liegt beim Opferschutz und in der Prävention.

### **Die besondere Bedeutung des Wohnorts beachten**

→ Wir wissen, dass das soziale Klima von Intoleranz und Gewaltbereitschaft, insbesondere auch in benachteiligten sozialen Milieus, gedeiht. In unseren Städten und Gemeinden haben sich Orte, Quartiere herausgebildet, in denen sich Armut, Marginalisierung und Ausgrenzung konzentrieren. Mit den lokalen Aktionsplänen für Toleranz und Demokratie haben wir dem Bedeutungszuwachs des Nahraums für die Kinder- und Jugendhilfe Rechnung getragen.

### **Soziale Ausgrenzung in benachteiligten Quartieren bekämpfen**

→ Der Prozess der räumlichen Segregation versinnbildlicht die gesellschaftliche Desintegration. Die sozialen Konflikte einer Gesellschaft, die in erfolgreiche Mitglieder und chancenlose Absteiger differenziert, gefährdet den sozialen Zusammenhalt der städtischen und dörflichen Gemeinschaft. Auch die in der Pisa-Studie beschriebene Bildungskatastrophe hat ihre Orte, es sind die städtischen Quartiere mit ihren sozialen Brennpunkten und die verödeten Standorte im ländlichen Raum. Wo die Einzelnen sich mit der Forderung, dass auf sie Rücksicht genommen wird, dauerhaft nicht beachtet sehen, verliert für diese die Gesellschaft ihre Fähigkeit zur Politik und die staatlichen und kommunalen Institutionen ihre Akzeptanz und Legitimation.

### **Sich den neuen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels stellen**

→ Unsere Gesellschaft ist seit Jahren einem beschleunigten Wandel ausgesetzt. Es gibt tiefgehende gesellschaftliche und politische Umbrüche zu verzeichnen. Die Globalisierung der Finanzmärkte, die Veränderungen der Arbeitsgesellschaft, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die Neugestaltung des Geschlechterverhältnisses, die demographische Entwicklung, die Bezahlbarkeit der Sicherungssysteme haben als zentrale Aspekte dieses Umbruchs die Familien und damit auch die Kinder und Jugendlichen erreicht. Es gibt keine Gewissheit über die zukünftige Lebensführung, es gibt, anders als früher, weniger

verlässliche biographische Planungen und Verläufe, die Zukunft ist tendenziell unkalkulierbarer geworden.

### **Erwerb von Zukunftskompetenzen fördern**

→ Unsere Gesellschaft hängt entscheidend vom Bestand der demokratischen Kultur, der Tragfähigkeit des sozialen Zusammenhalts und der gesellschaftlichen Solidarität, sowie der Akzeptanz der zentralen Werte und Regeln der Zivilgesellschaft ab. Sie verlangt von der älteren, wie auch von der heranwachsenden Generation ein hohes Maß an dem Erwerb von Zukunftskompetenzen zur Gestaltung von individueller Lebensführung und Fähigkeiten im sozialen Zusammenleben. Sie setzt den chancengerechten Zugang zu Bildung und Gesundheit als Voraussetzung zur sozialen Integration voraus.

### **Eigenverantwortung und soziales Engagement fördern**

→ Menschenwürde, Menschenrechte, die freie Entfaltung der Persönlichkeit verlangen im freiheitlichen Miteinander selbstbewusste Verantwortung für sich und die anderen zu übernehmen, sie kann nicht auf andere abgewälzt oder allein auf staatliche Unterstützungssysteme übertragen werden. Diese elementare Form der gesellschaftlichen Teilhabe ist der Kern jeglicher sozialer Integration. Es ist deshalb die gemeinschaftliche Aufgabe der Eltern, der Kinder- und Jugendhilfe, der Schule und der Arbeitswelt, Teilhabe durch Mitwirkungs- und Selbstbestimmungsrechte zu sichern. Kinder und Jugendliche lernen Selbstverantwortung und soziales Engagement durch das Vorbild der Erwachsenen, aber insbesondere auch durch lebensweltbezogene Beteiligungs- und Partizipationsmöglichkeiten. Die Bereitschaft zur Selbsthilfe, freiwilligem Engagement und die Übernahme von Ehrenämtern ist der Schlüssel zu einem solidarischen Gemeinwesen und zu funktionierenden Nachbarschaften.

### **Durch maßgeschneiderte Angebote Chancengerechtigkeit schaffen**

→ Die demokratische Gesellschaft ist ein plurales Konzept, nach dem Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlicher individueller Voraussetzungen in Frieden zusammenleben und das Recht auf Anderssein und Andersdenken besitzen, sich gleichzeitig aber auf gemeinsame Regeln, insbesondere die der gegenseitigen Toleranz und des gegenseitigen Respekts verpflichten. Die Konfliktlösung wird in die politische Debatte verlagert. Die Gleichheit vor dem Gesetz und die gleiche Ausstattung mit politischen Rechten unterstellt nicht die Gleichheit der Menschen, sondern ignoriert ihre Ungleichheit. Sie leugnet nicht, dass es Unterschiede des Geschlechts, der Herkunft, der Hautfarbe, der Religion und der Begabung gibt, sondern sie schafft trotz der Ungleichheit Chancengerechtigkeit. Wir brauchen deshalb auch in der Kinder- und Jugendhilfe keine Einheitsangebote, sondern maßgeschneiderte Modelle der Hilfe, der Mitwirkung und der Beratung.

### **Erste Ergebnisse:**

#### **Lokale Aktionspläne sind ein erfolgreiches kommunales Jugendhilfeinstrument**

→ Mit den lokalen Aktionsplänen haben die Jugendämter ein kommunales Handlungsinstrument geschaffen, vor Ort Bündnisse geschmiedet und ein öffentliches Zeichen gesetzt. So sind z.B. Gemeinschaftsprojekte entwickelt worden, die

- Kooperationen der Kinder- und Jugendhilfe in den Bereichen der Ganztagsförderung und der Konfliktschlichtung entwickeln,
- sich auf die Entwicklung und Einübung von Eigeninitiative und Selbstverantwortung konzentrieren,
- lokale Bündnisse schließen lassen, in denen alle sozialen Akteure gestärkt und gefördert werden,
- mit der Nachbarschaft dieser Gebiete gemeinsame Standards für ein Mindestmaß an sozialer Kontrolle und Verantwortung entwickeln und
- Bürgerbeteiligungsverfahren einrichten, damit unterschiedliche Wohn- und Lebensvorstellungen in einem Quartier und deren Konfliktlösungsmodelle gemeinsam mit den Bewohnern entwickelt und umgesetzt werden können.

#### **Die entwickelten Projekte und Aktionen zeigen ressortübergreifende praktische Beispiele:**

- Sie unterstützen die Schulen bei ihrer kognitiven und sozialen Wissensvermittlung.
- Sie beteiligen sich an der Betreuung und Begleitung der Schüler/innen an den Ganztags- bzw. der Nachmittagsbetreuung, um engagiert und gemeinsam mit den Schulen Schlüsselqualifikationen

einer interkulturellen politischen Bildung und die Techniken der Aggressionskontrolle und der Konfliktschlichtung in die Abläufe von Schule halten einzubringen.

- Sie unterstützen die Bemühungen der Polizei und der Justiz zur Präsenz vor Ort und zur Kommunikationsbereitschaft im Sinne eines demonstrativ rechtsstaatlichen Verhaltens als Orientierungsmuster im Nahraum.
- Sie entwickeln Modelle zum Schutz der Opfer von Gewalt und Diskriminierung.
- Sie entwickeln Angebote, die ein Zurück in die Gesellschaft ermöglichen, wenn die Jugendlichen straffällig geworden sind. Jeder hat das Recht auf eine zweite Chance.
- Sie entwickeln Strategien und Angebote, um Einwanderer heimisch zu machen und beteiligen sich aktiv an der öffentlichen Debatte um ein Einwanderungsgesetz.
- Sie sind ein pragmatischer Beitrag zum Abbau der sozialen Spannungen zwischen den ethnischen Bevölkerungsgruppen.
- Sie verändern durch ihre gelebten Beispiele sozialer Solidarität das soziale Klima des Zusammenlebens in den Städten und Gemeinden.

### Jugendpolitische Konsequenzen

→ Vom Gesetzgeber der Politik, den Parteien, Verbänden und Vereinen, wird erwartet, dass

- die Arbeit der Jugendämter zur sozialen Integration dauerhaft unterstützt wird. Wir begrüßen, dass für das Jahr 2002 vom Bund weitere Mittel zur Fortsetzung unserer Arbeit bereitgestellt werden;
- sich Parteien, Verbände und Vereine stärker der Beteiligung junger Menschen öffnen und diese aktiv und verantwortungsvoll zur Mitwirkung an ihrer Meinungsfindung und Entscheidungsprozessen auffordern;
- der Bereich der Bildung stärker mit den Hilfesystemen „Kinder- und Jugendhilfe“, „Soziales“ und „Gesundheit“ verzahnt wird. Familienberatung muss auch Bildungsberatung werden;
- alle Ämter und sozialen Akteure sich insbesondere auf das Erlernen der deutschen Sprache in Wort und Schrift konzentrieren. Hier liegt eine entscheidende Voraussetzung zur sozialen Integration und dem Erwerb von Zukunftskompetenzen;
- das Einbürgerungsrecht entbürokratisiert wird, um die Hürden für die in der 2. und 3. Generation bei uns lebenden Migranten abzubauen;
- wie bereits im Kinder- und Jugendhilferecht vorgeschrieben, die Kooperation der Ämter und Fachbereiche untereinander auch für die Handlungsfelder „Soziales“, „Schule“, „Gesundheit“, „Städtebau“ verbindlicher Standard wird;
- die Kosten der Kinder- und Jugendhilfe wie der Bildung im Sinne des Haushaltsrechts - und bis zu dieser Umsetzung im Bewußtsein der Haushälter - in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden als „Investitionskosten“ gesehen und anerkannt werden;
- die Gemeindefinanzierung reformiert wird. Nur mit Spitzenfinanzierungen vom Bund sind die von den Kommunen zu tragenden gewaltigen Integrationsleistungen nicht zu leisten.



schließen